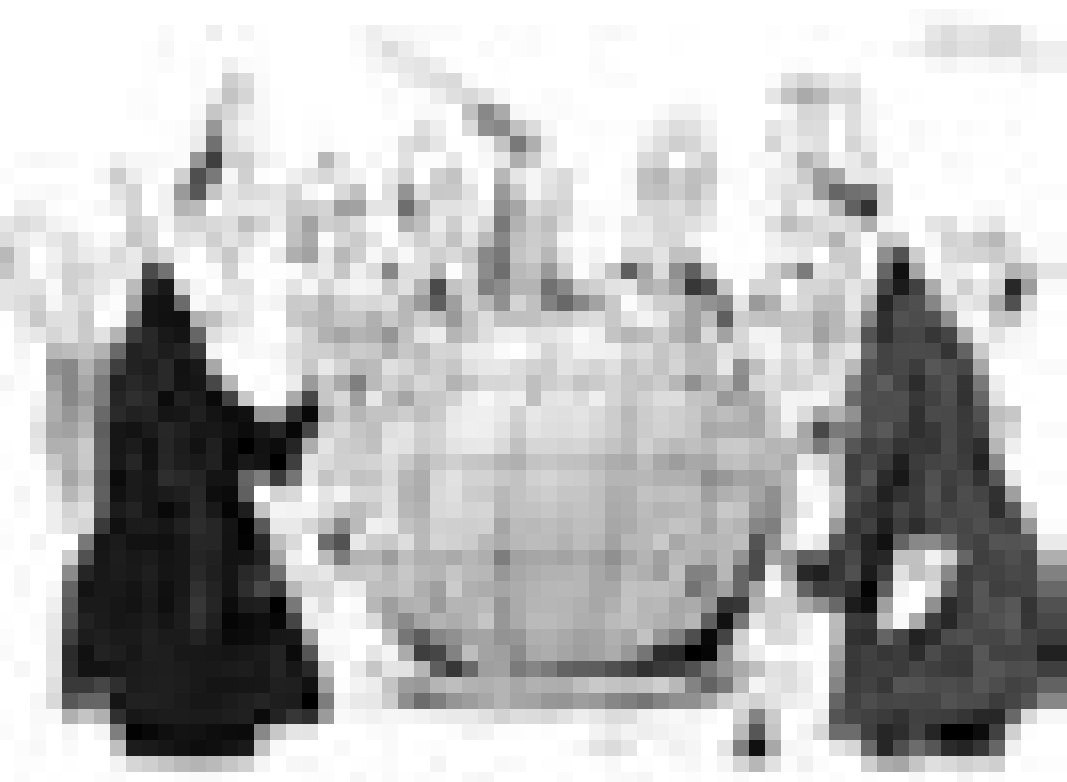


WELTHANDELSKAMPAGNE

Stimmen statt stumm bleiben



Im Vorfeld der Wahlen zum Europaparlament will ein Bündnis von 24 NGO aus Deutschland mehr Gerechtigkeit im Welthandel einfordern. Über die Außenhandelspolitik wird nämlich vor allem auf EU-Ebene entschieden.

"Stimmen" sollen die BürgerInnen anhand von "Wahlzetteln", die im Rahmen der Kampagne verteilt werden. Auf diesen prangt ein großes Ja zum Ankreuzen: Ja, ich fordere die KandidatInnen auf, sich für eine Außenhandelspolitik im Sinne von mehr Transparenz und mehr Gerechtigkeit einzusetzen. Für die KandidatInnen gibt es Selbstverpflichtungsvordrucke gleichen Inhalts. Darüber hinaus stellen die NGOs Informationsmaterial bereit. Wir drucken einen einführenden Text über die EU-Handelspolitik und die Rolle des EU-Parlamentes ab.

"Die Gestaltung der europäischen Handelspolitik ist ein undurchsichtiger Prozess", heißt es in einer gemeinsamen Stellungnahme europäischer Nichtregierungsorganisationen (NGO) vom Dezember 2003, in der sie mehr Transparenz in die-

sem wichtigen Politikbereich fordern. Die mangelnde Transparenz für BürgerInnen und selbst für Abgeordnete des Europäischen Parlamentes (MdEPs) und der nationalen Parlamente ist ein wesentlicher Grund für das Demokratiedefizit der Welthandelspolitik.

Eine der Kernkompetenzen der EU ist das Recht, die Außenhandelspolitik ihrer Mitglieder zu gestalten. Die Wahrung der Handelsinteressen der EU-Mitgliedsländer in internationalen Organisationen, wie etwa der Welthandelsorganisation (WTO), erfolgt durch die Europäische Kommission. Diese wiederum wird in persona des Franzosen Pascal Lamy, EU-Kommissar für internationalen Handel, vertreten. Für den Handel mit Agrarprodukten ist sein Kollege, EU-Agrarkom-

missar Franz Fischler aus Österreich, zuständig.

Daher sitzen die nationalen Delegationen der EU-Mitgliedsländer bei Welthandelskonferenzen "in der zweiten, dritten oder bestenfalls vierten Reihe" wie der Bundestagsabgeordnete Sascha Raabe (SPD) kritisiert, der in Cancún dabei war. Bestimmt wird die europäische Handelspolitik neben der EU-Kommission von einem kleinen Beamten-Komitee aus den Mitgliedsländern, dem so genannten 133er-Ausschuss. Das Europäische Parlament (EP) und die nationalen Parlamente haben bei der Formulierung der europäischen Handelspolitik lediglich Einfluss, wenn es um die Mandatierung ihrer jeweiligen Regierungen geht.

Handelspolitik ist nicht nur kompliziert - sie ist mitunter undurchschaubar. Die undemokratischen Entscheidungsverfahren in der Europäischen Union sorgen dafür, dass wir als BürgerInnen kaum wissen, welche Politik die Kommission in unserem Namen vertritt.

Die Rolle des Europaparlaments

Die Gestaltung der Außenhandelspolitik im Europäischen Parlament bedarf noch einiger Verbesserungen, sie ist zu schwach. Zwar können das EP und sein Ausschuss für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie die europäische Handelspolitik kritisch debattieren und Empfehlungen verabschieden. Eine Verpflichtung für die Politik der EU-Kommission erwächst daraus jedoch nicht. Derzeit muss das Europäische Parlament nur solchen Handels-

verträgen zustimmen, die einen neuen institutionellen Rahmen schaffen. Dies war z.B. bei den Verträgen, die zur Gründung der WTO führten, der Fall.

Die Kompetenzen zur Kontrolle und Mitgestaltung der Handelspolitik durch das Europäische Parlament sollen aber zunehmen, wenn die neue Europäische Verfassung in Kraft tritt. Gemäß dem aktuellen Entwurf der Verfassung (vom 18. Juli 2003) soll die Zustimmung des Europäischen Parlamentes bei solchen Handelsvereinbarungen verpflichtend werden, welche Gesetzgebungskompetenzen des Parlamentes berühren. Dies ist sicherlich ein Fortschritt, trotzdem bleibt die Gestaltungsmacht immer noch in den Händen der EU-Kommission und des 133er-Ausschusses.

Die Demokratisierung der Handelspolitik in der Europäischen Union hat noch einen weiten Weg vor sich. Wichtig ist ein stärkerer Einfluss des Europäischen Parlamentes. Viele NGO fordern deshalb:

- Das Europäische Parlament soll schon vor Beginn von Verhandlungen über neue Handelsverträge das Verhandlungsmandat der EU-Kommission mitbestimmen.
- Die Entschließungen des Europäischen Parlamentes sollen als verbindliche Richtlinien für die Verhandlungen mehr Gewicht bekommen.
- Die Entscheidungen des "133er-Ausschusses" sollen transparenter vorbereitet, getroffen und öffentlich zugänglich dokumentiert werden. Abgeordnete des EP sollen an Sitzungen dieses wichtigen Lenkungsausschusses für die Handelspolitik teilnehmen können.

Überholtes Verhandlungsmandat

Vor der 3. Welthandelskonferenz in Seattle (Ende 1999) erhielt die Europäische Kommission zuletzt ein Verhand-

lungsmandat vom EU-Ministerrat. Es enthielt die Grundsätze für "Das Konzept der EU für die WTO-Jahrtausendrunde".

Seither ist viel passiert: Die WTO-Konferenzen von Seattle (1999) und Cancún (2003) sind ohne Ergebnis gescheitert. Bei der 4. WTO-Konferenz in Doha/Katar im November 2001 wurde eine neue Verhandlungsrunde beschlossen: Ziel war die verstärkte Integration von Entwicklungsländern in die Weltwirtschaft. Dennoch arbeitet die EU-Kommission nach wie vor mit dem alten, mittlerweile überholten Verhandlungsauftrag von 1999. Entwicklungs- und Umweltorganisationen kritisieren dies, weil die WTO-Verhandlungen nicht zuletzt in Cancún durch das Beharren der EU auf den so genannten "neuen Themen" (Investitionen, Wettbewerb, öffentliches Beschaffungswesen, Handels erleichterung) gescheitert sind.

Hinter uns liegen: zwei gescheiterte WTO-Ministerkonferenzen. Vor uns: eine neue Verhandlungsrunde, die nicht vorankommt und aus entwicklungspolitischer Sicht keine Früchte trägt. Dauerzustand ist: Eine EU-Kommission, die trotz offizieller Entwicklungsorientierung nur ihre Eigeninteressen verfolgt, und dabei maßgeblich vom deutschen Wirtschaftsministerium unterstützt wird. Die Folge ist, dass die Interessen der Entwicklungsländer weiterhin in der Welthandelspolitik außen vor bleiben. Es wird Zeit, dass das Verhandlungsmandat der EU-Kommission einer sorgfältigen Prüfung unterzogen wird - und zwar unter maßgeblicher Beteiligung des Europäischen Parlamentes!

Welthandelskampagne

LESERINNENBRIEF

700.000 - kein Thema mehr?

Dass sich mit der Wirtschaftskrise die Problematik einer drohenden "Bevölkerungsexplosion" erledigt habe, wollen die GegnerInnen eines 700.000-Einwohner-Staates nicht so recht glauben.

Mit ungläubiger Verblüffung reagiert die Initiative "Wat fir eng Zukunft fir Lëtzebuerg?" auf die Aussage eines Journalisten, die Debatte um den so genannten 700.000-Einwohner-Staat sei "verpufft" und spiele wohl im Wahlkampf keine Rolle mehr. Ähnliche Behauptungen waren bereits im Oktober 2002 aus politischen und gewerkschaftlichen Kreisen zu hören, als das Statistische Amt einen starken Rückgang des wirtschaftlichen Wachstums auf ein Prozent für das Jahr 2001 und auf ein halbes Prozent für 2002 bekanntgab. Angesichts dieses plötzlichen Einbruchs der wirtschaftlichen Entwicklung - so hieß es damals - könne die Debatte um den 700.000-Einwohner-Staat getrost ad acta gelegt werden. Reine Zweckpropaganda, die ausschließlich den

Politikern dazu diene, sich rechtzeitig eines besonders heißen Wahlkampfthemas zu entledigen.

Trotz des anhaltenden Wirtschaftsrückgangs, trotz allen Geredes über Nachhaltigkeit wurde die Politik des Zubetonierens seit Oktober 2002 in unverantwortlicher Weise fortgesetzt. Alle politischen Projekte in den Bereichen Verkehrs- und Bautenpolitik deuteten unmissverständlich auf einen starken jährlichen Bevölkerungszuwachs hin.

Einen letzten, unumstößlichen Beweis für die Unbelehrbarkeit und Doppelzüngigkeit unserer Wachstumsfanatiker liefert ausgerechnet das mit viel propagandistischem Getöse vorgestellte Integrative Verkehrs- und Landesentwicklungskonzept (IVL). In

der Tat, was in den ersten öffentlichen Stellungnahmen zu diesem aufgewärmten Papier außer acht gelassen wurde - offenbar haben sich die wenigsten die Mühe gegeben, es gründlich zu lesen -, ist folgende Tatsache: Auf Anordnung der Regierung beruhen die Vorschläge der IVL-Spezialisten auf einem "langfristigen, starken Wirtschaftswachstum", einem "jährlichen Wirtschaftswachstum von vier Prozent"!

(...)

Es geht selbstverständlich nicht darum, die Wirtschaftsexpansion zu stoppen, sondern sie auf ein vernünftiges, ökologisch vertretbares Niveau zurückzuführen. Zwar hat die von der Regierung in Auftrag gegebene Studie des Bureau International du Travail (BIT) das Alternativ-

Szenario eines durchschnittlichen Wachstums von zwei Prozent (vom Wirtschaftsminister als "Horrorsszenario" bezeichnet) als nicht unproblematisch für die Finanzierbarkeit der am Rententisch ausgehandelten Rentenansprüche eingestuft. Trotzdem wäre ein solches zweiprozentiges Wirtschaftswachstum wenigstens eine annehmbare Alternative.

Sich dafür zu entscheiden, dazu gehört allerdings politischer Wille und politischer Mut. Nun sind aber fast alle politischen Parteien zu einer verantwortungsvollen Wirtschaftspolitik nicht bereit. In Gesprächen mit der Initiative haben ihre Vertreter eine gemäßigte Wirtschaftspolitik abgelehnt. Die Begründung: In einer freien Marktwirtschaft sei es fast unmöglich, das Wachstum zu steuern, weil es entweder auf einer Reihe von Automatismen beruhe oder allzu vielen äußeren Einflüssen unterliege.

Von einem wirkungslosen "Verpuffen" der Debatte über die Zukunft unseres Landes

kann also keineswegs die Rede sein. Im Gegenteil: Sollten sich innerhalb der politischen Parteien keine vernünftigen Stimmen gegen den umweltzerstörerischen Wahnsinn einer ungezügelten Wirtschaftspolitik erheben, würde das IVL in seiner letzten Konsequenz verwirklicht werden, so wäre die Entstehung eines Mega-Luxemburgs beschlossene Sache. Und auf dem Weg dorthin dürfte der 700.000-Einwohner-Staat nur eine Zwischentappe darstellen.

Um diese für unser Land unzumutbare Bevölkerungsexplosion zu verhindern, muss das IVL-Papier auf einer breiten Basis öffentlich und kontrovers diskutiert werden. Die Initiative "Wat fir eng Zukunft fir Lëtzebuerg?" ist bereit, an einer solchen für die Zukunft des Landes entscheidenden Debatte teilzunehmen.

Initiativ "Wat fir eng Zukunft fir Lëtzebuerg?" asbl.

Initiativ "Wat fir eng Zukunft fir Lëtzebuerg?" asbl.

www.zukunft.lu